

"In dieser Lage kann man gar nicht anders reagieren"

Interview des Bundesinnenministers Dr. Wolfgang Schäuble in der Stuttgarter Zeitung am 09.12.2006

Herr Schäuble, der Amokalarm in Baden-Württemberg verschreckt Schüler, Lehrer und Eltern im ganzen Land. Müssen wir damit künftig öfter rechnen?

Ich hoffe nicht, aber das weiß man nicht. Nachahmungstäter gab es immer. Und klar ist: das Internet lädt dazu ja fast schon ein.

Hat die Landesregierung überreagiert?

Ich finde, man hat alles richtig gemacht. Die Hinweise waren seriös. In dieser Lage kann man gar nicht anders reagieren. Die Verhältnisse vor Ort sind mir übrigens sehr vertraut. Für mich war schnell sichtbar, wie vernünftig vor Ort gehandelt wurde.

Hätte man die Schulleiter nicht besser vertraulich informiert, ohne die Öffentlichkeit zu verschrecken?

Wie stellen Sie sich das vor? Wenn plötzlich die Polizei vor der Schule steht, dann fragt doch ohnehin jeder: was ist da los? Soll man dann antworten: das ist geheim? So was wäre doch absurd. Das geht nur offen und transparent. Alternativen gibt es nicht.

Wie groß ist die Gefahr, dass der Staat mit solchen Warnungen Hysterie schürt?

Nach dem, was ich so höre und sehe, haben die Menschen sehr vernünftig reagiert. Ich glaube nicht, dass in diesem konkreten Fall Panik geschürt wurde. Wir müssen uns wohl daran gewöhnen, dass es solche Situationen gibt. Es passiert nun zum wiederholten Mal, dass ein junger Mensch durchdreht. Leider ist es so, dass dann auch sofort Nachahmer sich animiert fühlen - so wie jener aus der Nachbarschaft, der angeblich seiner Freundin einen schulfreien Tag verschaffen wollte. Aber das kriegt man wieder eingefangen: Der wird ja ordentlich bestraft, dann wird er sich beim nächsten Mal das überlegen - und andere werden das auch. Man kann deswegen nicht die Schulen schließen.

Was kann denn der Staat tun, um die Gewalt an der Schule einzudämmen?

Wir haben vor zwei Wochen einen Sicherheitsbericht veröffentlicht. In dem ist nachzulesen, dass unabhängige Wissenschaftler und Sicherheitsexperten keine Zunahme der Gewalt an Schulen erkennen können. Es könnte also auch sein, dass es sich um eine medial vermittelte, gefühlte Zunahme handelt. Und meine Wahrnehmung ist, dass sich die Bevölkerung von dieser Hysterie nicht unbedingt anstecken lässt.

Die Polizei müsse das Internet stärker kontrollieren, fordert Ihr Kollege Beckstein aus Bayern. Hat er Recht?

Klar, da hilft alles nichts. Wir müssen das genauer beobachten. Aber umfassend und flächendeckend geht das nicht. Aber wollen wir das Internet verbieten?

Ist die Polizei überhaupt technisch und personell im Stande, sich um Gewaltdrohungen im Internet zu kümmern?

Eine freiheitliche Gesellschaft muss sich auch selbst schützen. Im vorliegenden Fall kamen die Hinweise ja auch von zwei Schülern. Das waren wertvolle Hinweise. Die Polizei kann nicht alles kontrollieren, obwohl wir in Baden-Württemberg die beste Polizei Deutschlands haben.

Sind die Schulleiter nicht völlig überfordert von solchen neuen Gefahren?

Die haben sich jedenfalls besser verhalten als die Verantwortlichen in Berlin, als sie die Mozart-Oper "Idomeneo" aus Furcht vor islamistischen Übergriffen absetzten. Die haben das gut gemacht. Die kennen ja zuallererst die Schattenseiten unserer Gesellschaft, die Folgen der Integrationsdefizite. Als Chef des Kanzleramts hatte ich seinerzeit oft ähnliche Entscheidungen zu treffen, wenn wieder einmal ein Bombenalarm kam. So war es am 31. August 1990, als wir den Einigungsvertrag unterschrieben hatten und das im Kronprinzenpalais feiern wollten. Da kam die Drohung: um zwei geht eine Bombe hoch. Sollten wir deshalb den Festakt absagen? Wir haben es nicht getan. Das sind wahnsinnig schwierige Abwägungen

Braucht es härtere Strafen für Nachahmungstäter?

Die müssen hart bestraft werden, da hat Heribert Rech, mein Kollege in Stuttgart, vollkommen Recht. Auf vielen Flughäfen steht bei den Passagierkontrollen die Warnung: No jokes - keine Scherze! Das gilt auch hier: Üble Scherze sind nicht zu dulden.

Themenwechsel: Die Migration soll ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr werden. Welche Akzente wollen Sie setzen?

Wir müssen die illegale Migration stärker bekämpfen, vor allem in den Mittelmeerstaaten. Die meisten Migranten, die in Spanien ankommen, sind übrigens nicht aus Afrika, sondern aus Südamerika, Rumänien und Bulgarien. Illegale Einwanderer darf man nicht vorschnell legalisieren, die müssen möglichst schnell wieder nach Hause. Dann werden die nächsten abgeschreckt. Das geht nicht immer, aber je mehr es gelingt, umso weniger werden kommen.

Mit ihrem französischen Kollegen Sarkozy plädieren Sie dafür, Gastarbeiter aus Afrika befristet in Europa arbeiten zu lassen. Wie viele sollen denn nach Deutschland kommen?

Wir haben im Moment keinen Bedarf, andere Länder schon. Jeder EU-Staat muss für sich eine Quote festlegen. Aber klar ist, wir können diese Debatte nicht nach dem Muster führen: wir brauchen nur hoch qualifizierte Kräfte. Dass ist völlig unverantwortlich. Wir können den armen Ländern nicht die Klugen abziehen, und die Schwachen behalten sie selbst. Das wäre Entwicklungspolitik verkehrt. Die Chance in der von der UNO besonders wertvoll erachteten zirkulären Migration liegt daran, dass alle gewinnen, vor allem die Herkunftsländer.

Wie wollen Sie gewährleisten, dass diese Gastarbeiter nach Ablauf ihrer Arbeiterlaubnis alle wieder abreisen?

Natürlich wird der eine oder andere hier bleiben wollen. Aber mit diesem Risiko müssen wir leben. Das ist ja noch kein Argument gegen einen solchen Versuch. Vor der Fußball-WM

kam mal jemand und fragte: Was ist, wenn Spieler oder Betreuer afrikanischer Mannschaften hier Asyl beantragen. Meine Antwort war: Sollen wir deswegen die WM absagen?

Beim Bleiberecht haben Sie sich mit Ihren Kollegen Müntefering auf einen Kompromiss verständigt...

... schön wär's ...

... inzwischen gibt es unterschiedliche Interpretationen dessen, was ausgehandelt wurde. Was wird denn im Gesetz stehen?

Das weiß ich noch nicht. So weit sind wir nicht. Der jeweils andere hat starke Argumente. Wir sagen: Bevor ein Geduldeter ein Bleiberecht bekommt, muss er eine Arbeit haben. Manche in der SPD sagen: Wenn er aber keinen Job findet, kann er ja nichts dafür. Wir meinen: Wenn er sich wirklich bemüht und keinen Job findet, dann ist er auch nicht integriert. Es ist nicht einfach. Wir haben beide Recht. Ich ohnehin, aber ich habe auch einen großen Respekt vor der Position der Sozialdemokraten.

Von der Innen- zur Außenpolitik: Reicht das Angebot der Türkei in der Zypernfrage, um die Verhandlungen fortzuführen?

Mit dem Angebot der Türkei war zu rechnen, um nicht die EU geradezu zu zwingen, die Verhandlungen abzubrechen.. Und der Bundeskanzlerin bleibt nichts anderes übrig, als sich so zu verhalten, wie sie sich in dieser Frage verhält. Nicht zu nachgiebig, aber eben doch verhandlungsbereit. Wir müssen die Verhandlungen führen, denn jede Entscheidung der EU bindet eine Bundesregierung, egal welche Parteien sie trägt. Deshalb führt die Kanzlerin die Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft ergebnisoffen. Und ergebnisoffen heißt nicht, dass man mit dem Ziel verhandelt, den Prozess scheitern zu lassen. Das ändert nichts an der Position der CDU: wir glauben, dass eine privilegierte Partnerschaft statt einer Vollmitgliedschaft die bessere Lösung wäre - auch im Interesse der Türkei. Aber letztlich kann erst am Ende des Prozesses entschieden werden, und nicht, wie manche glauben, schon zu Beginn.

Wenn das Verfahren scheitern würde, welche Konsequenzen hätte dies für die Sicherheitsinteressen Deutschlands?

Die Verhandlungen dürfen nicht scheitern. Meine Hoffnung ist, dass wir irgendwann an den Punkt kommen, wo wir gemeinsam mit der Türkei erkennen: eine eigene Form der Verbindung ist besser als die Vollmitgliedschaft. Ich halte dies nicht für völlig ausgeschlossen. Man darf also sicher nicht mit dem Ziel vorgehen, die Verhandlungen platzen zu lassen. Aber ich weiß andererseits auch nicht, ob Frankreichs Staatschef Jaques Chirac gut beraten ist, die EU geradezu zur Aufnahme der Türkei als Vollmitglied verpflichten zu wollen. Das wird übrigens in Frankreich kaum durchsetzbar sein, denn irgendwann wird das französische Volk in einem Referendum entscheiden müssen. Und eine Mehrheit für Chiracs Position ist nicht erkennbar. Also gibt es aus heutiger Sicht schon allein deshalb keine denkbare Möglichkeit, wie die Türkei Mitglied der EU werden kann. Es wird jedenfalls auf absehbare Zeit kein französischer Präsident ein Referendum begehren, weil er dabei seinen eigenen Kopf riskieren würde. Es mag sein, dass sich dieses Misstrauen in ein paar Jahren auflöst, klar. Aber bis auf weiteres darf man es nicht außer Acht lassen.

Können Sie sich vorstellen, dass Deutschland irgendwann einmal Polizeitruppen

unterhält, die international tätig werden?

Ja. Das kann ich mir sehr gut vorstellen. Das wird nicht so schnell möglich sein, aber in Europa geht die Entwicklung in diese Richtung. Man braucht eine dritte Sicherheitsinstanz, zwischen Militär und Polizei. Die Franzosen haben so etwas schon, die Italiener auch. Deshalb glaube ich, dass dies irgendwann auch bei uns kommt.

Noch in dieser Legislaturperiode?

Ich glaube zwar nicht, dass ich diesen Prozess mit einem Ergebnis zum Abschluss bringe. Aber denke schon, dass die Debatte über Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik künftig intensiver geführt wird. Sehen Sie: Nun erwarten doch alle, dass US-Präsident George Bush nach der Veröffentlichung des Berichts der Baker-Kommission seine Irak-Politik ändern würde. Aber wir müssen dann auch fragen, was das heißt.

Und was heißt das?

Das werden wir besprechen müssen.

Aber sie sind der Dienstherr der Polizisten, die möglicherweise verstärkt Sicherheitskräfte für den Irak ausbilden sollen. Jedenfalls sind solche Überlegungen in der Koalition zu hören.

Das hieße, wenn die Armee abzieht muss die Polizei kommen. Das stelle ich mir nicht so leicht vor.

Sie halten also davon nichts.

Jetzt müssen doch zunächst mal die Amerikaner den Baker-Bericht auswerten, bevor wir uns öffentlich über den Irak besprechen. Aber dass niemand - und schon gar nicht Europa - gleichgültig zur Kenntnis nehmen kann, was im Irak passiert, muss uns allen bewusst sein.

Das Gespräch führten Armin Käfer, Bärbel Krauß und Thomas Maron.